

## Verkehrsanalyse wird gewünscht

**Kanton Zug** Stau, Verkehrsbehinderungen, Verspätungen: Während die Wohnbevölkerung sowie die Zahl der Arbeitsplätze im Kanton stetig wächst, hält die Verkehrsinfrastruktur mit diesem Wachstum nicht mit. Deshalb bitten die Kantonsräte Michael Arnold (FDP/Baar), Peter Letter (FDP/Oberägeri), Peter Rust (Die Mitte/Walchwil) sowie die SVP-Kantonsräte Philip C. Brunner (Zug), Adrian Risi (Zug) und Rainer Suter (Cham) um eine Auslegeordnung.

Konkret wird die Regierung in einem Postulat eingeladen, «eine Bestandaufnahme über das gesamte Verkehrsmanagement im Kanton zu machen». Dabei sollen Massnahmen aufgezeigt werden, die einerseits umfassend und zukunftsgerichtet sein sollen, und andererseits sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden. Die Postulanten stellen im Vorstoss fest, dass «die Möglichkeiten der Digitalisierung (etwa Lichtsignalanlagen und visuelle Überwachung) nicht vorhanden sind oder nicht angewendet werden».

## Es fehle eine Steuerung der Verkehrsflüsse

Ebenso sei eine übergeordnete Koordination der Verkehrsströme nicht ersichtlich, obwohl die bereits in anderen Kantonen, unter anderem in den Nachbarkantonen Zürich und Aargau, gemacht werde. Zudem stellen die Postulanten fest, dass es neben der Koordination auch an einer Steuerung der Verkehrsflüsse fehle. Es brauche daher Lösungen, die die aktuellen und in absehbarer Zeit zu erwartenden technologischen Mittel einbeziehe. (haz)

## Kantonalbank betreut 1 Milliarde

**Finanzwesen** Anlagefonds sind eine beliebte Anlageform – auch bei der Zuger Kantonalbank (Zuger KB). Die Anlagesumme in den hauseigenen Fonds hat erstmals die Grenze von 1 Milliarde Franken überschritten, teilt das Unternehmen mit. Petra Kalt, Leiterin Wealth Management der Zuger KB, freut sich über diesen Meilenstein. Die Anlagefonds würden «den Investitionsbedürfnissen entsprechen», wird sie zitiert.

Ende Oktober 2021 habe das Finanzinformations- und Analyseunternehmen Morningstar den «Zuger KB Fonds – Aktien USA» und den «ZugerKB Fonds – Aktien Schweiz» mit dem Toprating von fünf Sternen ausgezeichnet. Bereits im Frühjahr bewertete Morningstar die «Zuger KB Fonds – Strategie Konservativ (CHF) B/BV» sowie «Zuger KB Fonds – Strategie Ausgewogen (CHF) B/BV» mit vier respektive fünf Sternen. Ebenfalls im Frühjahr habe der «Zuger KB Fonds – Strategie Konservativ (CHF) B» über fünf Jahre den Refinitiv Lipper Fund Award erhalten. Laut Petra Kalt sei das Ansporn für die Bank, «auch in Zukunft Höchstleistungen im Fondsbereich zu erbringen». (bier)

# SVP Baar sammelt für «Ebel»-Wirt

Heinz Reichenbach fürchtet, auf dem Schaden für zwei von Sozialhilfebezüglern demolierte Hotelzimmer sitzenzubleiben. Während die Gemeinde die Verantwortung von sich weist, lanciert die SVP eine Spendenaktion.

**Kilian Küttel**

Sie hätten im Zimmer geraucht. Drogen genommen. Bis tief in die Nacht Krach gemacht und Leute bei sich übernachteten lassen, ohne diese vorher anzumelden. Aus Heinz Reichenbach, dem Wirt des Hotel-Restaurants Ebel in Inwil, spricht der Frust, als er am Mittag des 12. August zwei E-Mails an den Sozialdienst der Gemeinde Baar schreibt: «Wir haben die Nerven nicht mehr und ich habe Achtung vor Ihnen allen, die auf dem Sozialamt arbeiten», steht in der Nachricht des 55-Jährigen, in der er der Gemeinde erklärt, weshalb er zwei Mietverträge kündigt.

Grund für Reichenbachs Frustration sind die Mieter der Zimmer fünf und sechs im Hotel-Restaurant Ebel. Zwischen Februar und August wohnen die beiden Männer in Reichenbachs Haus; die Miete von 1200 Franken pro Zimmer übernimmt der Sozialdienst der Gemeinde Baar. Heute sagt Heinz Reichenbach zu dieser Zusammenarbeit: «Das war mir eine Lehre. Ab sofort nehme ich nur noch Gäste zum normalen Hoteltarif auf und niemanden mehr vom Sozialamt.»

Denn nicht nur hätten die Mieter sämtliche Abmachungen wie Rauchverbot, Nachtruhe und Coronamassnahmen missachtet – nach ihrem Auszug Ende August habe er beide Räume sanieren müssen: Der Wirt ersetzt pro Zimmer zwei Matratzen, Duvets, Kissen; bringt ein neues Lavabo an; lässt die Wände streichen, die gelb vom Rauch geworden seien. Reichenbach sagt: «Die Zimmer



Das Hotel-Restaurant Ebel in Baar. Hier sollen Mieter Zimmer verwüstet haben.

Bild: Stefan Kaiser (24. November 2021)

konnte ich nicht mehr vermieten. Etwa 10 000 Franken hat mich die Sanierung gekostet.»

Und nur ihn. Denn anders als der Wirt hofft, beteiligt sich die Gemeinde nicht an den Kosten für die Instandstellung. Auf Anfrage schreibt die Gemeinde, sie könne sich nicht zum Einzelfall äussern, trete allgemein aber nur als Vermittlerin auf und sei keine Vertragspartei – auch nicht, wenn sie den Mietzins übernehme. Dabei sei sie an sozialhilferechtliche Vorgaben gebunden, verfüge über keinen Kulanzspielraum, und müsse «mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen.»

«Das mag ja alles stimmen», entgegnet «Ebel»-Wirt Reichenbach. «Trotzdem hätte ich mir ein wenig Entgegenkommen gewünscht. So stiehlt sich die Gemeinde aus der Verantwortung nach dem Motto: «Nach uns die Sintflut.»»

## Wirt dankt für den Spendenaufruf

«Reiches Baar, ganz knausrig», titelte die «Weltwoche», die als erste über den Fall aus Baar berichtet hat und die von der dortigen SVP unterrichtet worden war. Aus diesem Lager kommt Hotelier Reichenbach nun Hilfe: Unter dem Titel «Solidarität für das Restaurant-Ho-

tel Ebel» sammelt die SVP Baar Spenden für den Wirt, der auch auf den Kosten sitzenzubleiben droht, weil die beiden Sozialhilfebezüglern keine Privathaftpflichtversicherung haben abschliessen können: «Nebst der Solidaritätsbekundung wollen wir auf diesen Fehler im System hinweisen», sagt Sektionspräsident Adrian Rogger.

Es könne nicht sein, dass ein Privater jetzt alle Kosten tragen müsse, weil sich niemand verantwortlich fühle. Für die Argumentation der Gemeinde hat Rogger wenig übrig: «Jetzt sagt man, man sei nicht zuständig. Aber bei anderen Ausgaben findet der Ge-

meinderat komischerweise immer recht einfach ein neues Kässeli.»

Zur Aktion sagt Heinz Reichenbach, sie sei eine sehr schöne Geste und er nehme sie dankend an. Demgegenüber will die Gemeinde den Spendenaufruf nicht kommentieren; gibt aber an, ohnehin würde keine Versicherung für mutwillige Beschädigungen aufkommen, weshalb kein Systemfehler vorliege. Und sie schreibt: «Der vorliegende Fall ist für die Gemeinde erledigt. Ob Herr Reichenbach in Zukunft Zimmer an Sozialhilfeempfänger vermieten will, ist (wie schon bisher) ihm überlassen.»

# Parteien befürworten Verkauf der Frauensteinmatt

Das Zentrum soll an die Stiftung Alterszentren Zug (AZZ) übergehen. Am Sonntag wird an der Urne entschieden.

Am Sonntag entscheiden die Stadtzuger Stimmberechtigten darüber, ob das Frauensteinmatt in neue Hände übergeht. Das Gebäude des Zentrums Frauensteinmatt im Süden der Stadt Zug soll für rund neun Millionen Franken an die Stiftung Alterszentren Zug (AZZ) verkauft werden, welche das Zentrum und weitere Altersheime in Zug bereits betreibt. Ausserdem sollen die Rückstellungen von 13,5 Millionen Franken für die Instandsetzung der Zuger Altersheime ebenfalls an die Stiftung übergehen. Das machte der Stadtrat in einem Bericht im Mai öffentlich.

Ziel dieser Veräusserung sei, die Aufgaben von Stadt und Stiftung zu entflechten. Das Zentrum Frauensteinmatt wurde 2011 von der Stadt für 22,8 Millionen Franken gebaut und seit her an die AZZ vermietet. Jene mietete es zum Preis von 1,4 Millionen pro Jahr, erhielt von der Stadt allerdings eine Mietreduktion, wodurch sich die effektive jährliche Miete auf gut 370 000



Die Stadt Zug will das Alterszentrum Frauensteinmatt an die Stiftung Alterszentren Zug verkaufen.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 18. März 2013)

Franken belief. Das Vorgehen befürworten die städtischen Parteien. Allerdings nicht vorbehaltlos. «Begeisterung sieht anders aus, aber ein Ja ist ein Ja», schreibt etwa die SP. Die Befürchtung: Die öffentliche Hand werde im Notfall für finanzielle Probleme der Stiftung geradestehen müssen. Trotzdem sei das Ja letztlich klar gewesen.

Als unbedenklich und gar «folgerichtig» stuft die SVP die Veräusserung ein, wie sie in einer Medienmitteilung schreibt.

## «De facto eine Stiftung der Stadt Zug»

«Der Stiftungsrat der AZZ wird ebenfalls durch den Stadtrat von Zug besetzt, somit handelt es sich de facto um eine Stiftung der Stadt Zug.» Das Alterszent-

rum Frauensteinmatt befindet sich im Eigentum der Stadt, die anderen Liegenschaften (Herti, Neustadt und Waldheim) in jenem der AZZ. Deshalb findet die Partei: «Die Veräusserung der Liegenschaft Frauensteinmatt im Unterbaurecht sowie der Übertrag der Rückstellungen an die AZZ ist somit folgerichtig.» Primär werde durch das Vorgehen eine Entflechtung vorgenommen.

Die Stadt Zug hat bis anhin das Alterszentrum Frauensteinmatt der AZZ vermietet. Dazu komme, dass gemäss kantonalem Spitalgesetz Infrastrukturfinanzierungen durch die stationären Betriebe der Langzeitpflege via Pensionstarif zu erfolgen haben. «Damit setzt die Vorlage die gesetzlichen Vorgaben um und regelt die Verantwortlichkeiten zwischen der Stadt Zug und der AZZ neu in angemessener Art und Weise.»

Die FDP, die dem Geschäft zustimmt, betont die Vorteile für die AZZ. «Die AZZ gewinnt dadurch mehr unternehmeri-

sche Freiheit», heisst es seitens FDP. Weiter erachtet man die «Transparenz bei der Finanzierung» als wichtigen Schritt. Auch die anderen Stadtzuger Parteien stimmen der Vorlage kurz vor der Abstimmung zu.

## Die linken Fraktionen waren kritisch

Während von den städtischen Parteien nun ein kanonisches Ja zu hören ist, war man sich in der Debatte im Grossen Gemeinderat im Juni zwar einig – die Vorlage wurde mit 26 Stimmen angenommen –, doch schon zu dieser Zeit gab es vor allem von linker Seite Kritik, wie auch in der Abstimmungsbroschüre zu lesen ist. Die Fraktion Alternative – die Grünen/CSP konnte zwar die Gründe für die Veräusserung und die Übertragung der Rückstellungen verstehen. Man hatte jedoch Bedenken, ob dieser Schritt Sinn machen und ob es keine andere Lösung geben würde.

Vanessa Varisco